



**Sitzung des Vorstandes
von PES Local | Sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen Europas
am Freitag, dem 1. Juni 2018, in Paris**

Resolution

Starke Kommunen für ein Europa des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität

Europa steht vor großen Herausforderungen

Unsere Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. Zwar hat sich die wirtschaftliche Lage in den letzten Jahren gebessert, vielerorts in Europa sind die Disparitäten aber im letzten Jahrzehnt gewachsen. Die Schere zwischen arm und reich ist weiter auseinandergegangen. Die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit und die Zahl der Menschen, insbesondere ältere, die in Armut leben, ist für einen der reichsten Teile der Welt völlig inakzeptabel. Viele Menschen in Europa fühlen ihren Wohlstand und ihre Sicherheit bedroht. Dazu tragen die sich abzeichnenden Handelskonflikte, aber auch die instabile Lage im Osten in der Ukraine und die politische Entwicklung in der Türkei sowie Terroranschläge in europäischen Städten bei. Die kriegerischen Konflikte im Nahen Osten und die Armut und Perspektivlosigkeit in vielen Regionen Afrikas haben eine Flüchtlingsbewegung ausgelöst, die im Jahr 2015 ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Auswirkungen der damit verbundenen Problemstellungen sind auch in unseren Kommunen spürbar und stellen auch die Kommunalpolitik vor große Herausforderungen.

Obwohl mehr entschlossenes gemeinsames Handeln in Europa die logische Antwort auf diese Entwicklung sein müsste, schwindet das Vertrauen in die Europäische Idee und die Institutionen der EU weiter. Das hat zu einem Erstarken populistischer und europafeindlicher Parteien und Bewegungen geführt. In Polen, Ungarn und Italien stehen diese Kräfte sogar in Regierungsverantwortung. Der Brexit ist der bisherige Tiefpunkt des Vertrauensverlustes in die Europäische Idee.

Obwohl die Sozialdemokratie für eine Politik der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts steht, verlieren paradoxerweise auch viele Menschen ihr Vertrauen in die europäische Sozialdemokratie. Bald werden nur noch in sechs der 28 EU-Staaten sozialdemokratische und progressive Parteien die Regierung führen: in Spanien, Schweden, Rumänien, Portugal, der Slowakei und Malta. In einigen anderen Ländern regieren Sozialdemokraten in Koalitionen zwar mit und können so wichtige Impulse geben, müssen aber auch gleichzeitig teils schwierige Kompromisse eingehen, die in unserer Wählerschaft oft unpopulär sind. Nur acht von 28 EU-Kommissaren sind Sozialdemokraten.

In Kommunen sind die Sozialdemokraten (immer noch) eine Macht!

Auf lokaler Ebene ist die Sozialdemokratie weiterhin in zahlreichen Städten, Gemeinden und Regionen eine Macht. Zahlreiche sozialdemokratische Bürgermeister und Mandatsträger gestalten tagtäglich entschlossen und verantwortungsvoll eine an den Bedürfnissen unserer Bürger orientierte Politik vor Ort. Insbesondere in europäischen Großstädten ist und bleibt die Sozialdemokratie die stärkste politische Bewegung. Von den rund 200 Städten über 175.000 Einwohner in der EU werden rund die Hälfte von sozialdemokratischen oder progressiven (PES) Bürgermeistern geführt.

Einfache und pauschale Antworten für den Erfolg sozialdemokratischer Bürgermeister in vielen Städten und Kommunen gibt es nicht, dafür ist die Vielfalt in Europa zu groß und die Bedingungen vor Ort sehr unterschiedlich. Seit der Industrialisierung ist die Sozialdemokratie in den Städten sehr stark verankert. Insbesondere Arbeiter und Angestellte, sozial Schwache und Benachteiligte konnten sich darauf verlassen, dass sich die Sozialdemokratie in den Städten für bedarfsgerechte Lösungen ihrer konkreten Probleme einsetzt.

Die Menschen wissen, dass Sozialdemokraten stets den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Fokus haben. Ein großer Teil der Stadtbevölkerung sieht bei uns die größte Problemlösungskompetenz wenn es um die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie die Sicherstellung von sozialer Teilhabe und Integration geht. Bei großen Zukunftsfragen wie dem Klimawandel, der Energiewende und der Digitalisierung stehen wir für sozial- und stadtverträgliche Lösungen.

Die sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen können einen wichtigen Beitrag zur Erneuerung der Sozialdemokratie leisten

Die meisten politischen Ziele der Sozialdemokratie lassen sich nur durch ihre Umsetzung auf der kommunalen Ebene verwirklichen. Hier muss die Infrastruktur angepasst, erneuert und ausgebaut werden, hier muss die öffentliche Daseinsvorsorge gesichert und der Sozialstaat vorsorgend ertüchtigt werden. Sozialdemokratische Kommunalpolitik verfügt über ein großes Innovationspotenzial und entwickelt regelmäßig umsetzbare Lösungen vor Ort.

Dieses Innovationspotenzial muss die Sozialdemokratie auf nationaler aber auch auf europäischer Ebene besser nutzen. Wir müssen eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Politik machen. In unseren Städten und Gemeinden sind wir näher an den Sorgen und Nöten der Menschen. Wenn wir in der Kommune erfolgreich sind, können wir das auch auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Andersherum wird das nicht funktionieren. **Für eine notwendige Erneuerung der Sozialdemokratie in Europa ist es daher notwendig, die Kommunalpolitik bei der Formulierung unserer Politik stärker zu berücksichtigen. Wir müssen unsere Kommunalpolitikerinnen und -politiker noch stärker in die Führungsgremien und in die programmatische Arbeit einbinden und wir sollten die kommunalpolitischen Organisationen unserer Parteien stärken.**

Um das Innovationspotenzial auf kommunaler Ebene möglichst effektiv zu nutzen, ist es wichtig, dass wir Erfahrungen und Lösungswege austauschen. **Daher will PES Local in einem Forum sozialdemokratische VertreterInnen der europäischen Haupt- und Großstädte zusammenbringen. Von einem solchen Forum können wichtige Impulse für die Formulierung einer modernen und progressiven Politik in der PES ausgehen.** Mit diesem Projekt wollen wir zusammen mit Partnern in der PES-Familie Anfang 2019 rechtzeitig vor der Europawahl starten.

Bei der Formulierung sozialdemokratischer Politik auf nationaler und europäischer Ebene dürfen wir **die kleineren Kommunen und den ländlichen Raum keinesfalls vernachlässigen**, nur weil dort vielerorts konservative Parteien traditionell stark sind. Das sollte uns vielmehr ein Ansporn sein.

Vor dem Hintergrund der großen sozialen und ökonomischen Herausforderungen vor denen wir in Europa stehen und dem Erstarken antieuropäischer, populistischer und rechtsextremer Bewegungen bekräftigen die in Paris versammelten sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen Europas:

- Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft ist und bleibt ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik.
- Wir Sozialdemokraten stehen für Solidarität zwischen reicheren und ärmeren Regionen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Europa zu schaffen.
- Den Kommunen und Regionen Europas kommt bei der Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts eine herausragende Rolle zu.
- Nachhaltiges und faires Wachstum in einem sozialen Europa ist nur mit starken Gemeinden, Städten und Regionen zu machen.
- Das Kommunale Selbstverwaltungsrecht in Europa muss – wie es der Vertrag von Lissabon und die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates vorsehen – beachtet und gestärkt werden. In der Vielfalt der Städte und Gemeinden liegt die große Stärke Europas.
- Ein soziales Europa braucht handlungsfähige und starke Kommunen. Die Städte, Gemeinden und Regionen in Europa brauchen daher eine ihren Aufgaben angemessene und langfristig stabile Finanzausstattung.

Erwartungen der Sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen Europas:

Die unmittelbaren und mittelbaren finanziellen Auswirkungen europäischer Rechtsakte auf die Kommunen müssen noch stärker berücksichtigt werden. Hierfür müssen die Verfahren der Gesetzesfolgenabschätzung sowie die Möglichkeiten der Einbindung der kommunalen Interessenvertreter weiter verbessert werden. PES Local begrüßt die Urban Agenda, mit der die EU-Kommission dies sicherstellen will und wird die Umsetzung dieser Initiative aufmerksam begleiten.

Mit einer verstärkten Förderung strukturschwacher städtischer und ländlicher Regionen sowie von Stadtteilen mit sozialen Problemen aus Mitteln der Kohäsionspolitik leistet die Europäische Union einen wesentlichen Beitrag dazu, der ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung der europäischen Regionen und den daraus entstehenden sozialen Ungleichheiten zu begegnen und stärkt damit den territorialen und sozialen Zusammenhalt Europas. Daher ist der Erhalt einer effektiven Kohäsionspolitik auch weiterhin von entscheidender Bedeutung. PES Local hat sich der Initiative #CohesionAlliance des Ausschusses der Regionen angeschlossen und setzt sich für eine Kohäsionspolitik ein, bei der weiterhin grundsätzlich alle Regionen in der EU förderfähig bleiben, die angemessen finanziell ausgestattet, weniger bürokratisch und flexibler ist und die lokalen und regionalen Partner stärker einbezieht.

Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist es wichtig, neben der Politik auf staatlicher und europäischer Ebene auch begleitende Maßnahmen auf lokaler Ebene zu ergreifen. Dafür müssen die nationale Ebene und die EU den Städten und Gemeinden die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen und die finanziellen Mittel bereitstellen.

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse müssen auch weiterhin fester Bestandteil des europäischen Sozialmodells bleiben. Diese Dienstleistungen sind eine wesentliche Grundlage für den sozialen und territorialen Zusammenhalt der EU und die Schaffung von Arbeitsplätzen und stellen einen entscheidenden Faktor bei der Gewährleistung der sozialen Teilhabe der Menschen dar. Insbesondere in strukturschwachen ländlichen Gebieten muss die Grundversorgung der Bevölkerung, d.h. eine Mindestausstattung mit Infrastruktur und ein Mindestangebot von Gütern und Dienstleistungen, sichergestellt werden.

Bezahlbares Wohnen ist für die soziale und ökonomische Stabilität unserer Städte und Gemeinden unverzichtbar. In Regionen mit Wohnungsknappheit muss der Wohnungsbau verstärkt werden.

Integration muss als gesamteuropäische Herausforderung begriffen werden, die vor Ort gestaltet wird. In einer gelungenen Integration von Zuwanderern liegt die Chance, unsere Gesellschaft zu bereichern und unsere wirtschaftliche Entwicklung langfristig zu sichern.

Das Gebot der Solidarität mit Flüchtlingen, die schutzbedürftig sind, ist ein zentraler Wert unseres gemeinsamen Europas und steht außer Frage. Bei der Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge vor Ort wie auch bei der Integration der Flüchtlinge, die dauerhaft in der EU bleiben, spielen die Kommunen eine wichtige Rolle. Daher müssen die EU und die Nationalstaaten die Kommunen finanziell besser ausstatten sowie notwendige Rahmenbedingungen schaffen, damit diese ihre wichtigen Aufgaben bei der Versorgung und Integration von Flüchtlingen bewältigen können.

Als SozialdemokratInnen bekennen wir uns zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Die Lebensgrundlagen der Menschen in Entwicklungsländern und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Ressourcen müssen für alle Menschen und für alle Generationen erhalten und verbessert werden. Kommunale Partnerschaften können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Die EU sollte die Kommunen als Akteure einer effektiven Entwicklungszusammenarbeit noch stärker berücksichtigen und weitere Förderprogramme zur Verfügung stellen.

Die Gleichstellung von Frau und Mann muss stärker berücksichtigt werden bei der Gestaltung der Politik in den Kommunen – beispielsweise wenn es um konkrete Aspekte des täglichen Lebens geht wie Arbeitswelt, Wohnraum, Sicherheit oder öffentliche Verkehrsmittel. Zudem muss die Gleichstellung von

Frau und Mann sowohl in der Verwaltung und in kommunalen Betrieben noch stärker gefördert werden. Wir wollen uns auch weiter dafür einsetzen, dass mehr Frauen in den Kommunal- und Regionalparlamenten in Europa Politik mitgestalten.

Für die Kommunen ist eine vorausschauende Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen von wesentlicher Bedeutung, um frühzeitig weichenstellende kommunalpolitische Entscheidungen treffen zu können. Insbesondere bei der Digitalisierung mit ihren Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen und Lebensweisen sind Erwartungen an die Kommunalpolitik und -verwaltung, Bürger und Wirtschaft verbunden, diesen Prozess unterstützend zu begleiten.

Im Interesse des Zusammenwachsens müssen Städtepartnerschaften und kommunale grenzübergreifende und transnationale Kooperationen weiter gefördert werden.